

OSTTHÜRINGER Zeitung

OTZ Pößneck 23.11.2019

Stadtrats-Streit zur Zukunft der Tessenow-Wohnung

Grüne/SIP kommen mit ihren Nachnutzungsvorstellungen unklar gebliebenen Plänen der Stadt in die Quere

Von Marius Koity

Pößneck. Der weitere Umgang mit der Tessenow-Wohnung in der Neustädter Straße 101 in Pößneck ist unklar. Eine Debatte im Pößnecker Stadtrat, angestoßen von der Grüne/SIP-Fraktion, endete am Donnerstagabend ergebnislos.

Constanze Truschzinski (SIP) und Steve Richter (Grüne) hatten beantragt, dass die aufwändig restaurierte Wohnung nach dem Ende der dortigen Sonderschau von der städtischen Verwaltung zwecks Nutzung als „Gästewohnung der Stadt Pößneck“ angemietet werden soll. Der kommunalen Wohnungsgesellschaft als Eigentümerin sollte eine Jahreswarmmiete von etwa 7000 Euro gezahlt zu werden.

Truschzinski zufolge gibt es einen Bedarf an einer solchen Gästewohnung. Allerdings legte sie diesen Be-



So sah es in der Tessenow-Wohnung zwischen dem 18. Mai und 10. November aus.

FOTO: MARIUS KOITY

griff sehr weit aus. So sollen da nicht nur Gäste der Stadt unterkommen können, sondern praktisch jedermann. Das wäre ganz im Sinne Tes-

senows. Die Stadt könne das Motto ihres Tessenowjahres weiter umsetzen, nämlich „undogmatisch modern“ handeln.

Ja, die Stadt Pößneck will Tessenow durchaus als „Marketing-Figur“ aufbauen, sagte Bürgermeister Michael Modde (parteilos). Die Grüne/SIP-Idee sei allerdings „undogmatisch dumm“. Das Stadtoberhaupt erklärte, dass man für die Wohnung verschiedene Nachnutzungsmodelle prüfe und Partnersuche. So richtig ließ er die Katze aber nicht aus dem Sack.

Wolfgang Kleindienst (Birso/UBV) fand, dass die Unterbringung von Gästen weiterhin Pensionen und Hotels überlassen werden sollte. Sein Fraktionskollege Gerd Quereggässer bezweifelte, dass die Einzigartigkeit der Wohnung bei ständig wechselnden Mietern erhalten werden könne.

Während Christopher Kriek (FDP/FW/FFW) einwarf, dass das Niveau der Kundschaft über die Höhe des Mietpreises geregelt wer-

den könnte, schätzte Sabrina Roy aus der gleichen Fraktion ein, dass sich der Aufwand der Stadt sicher nicht nur auf die 7000 Euro beschränken dürfte, weil ja auch noch Verwaltungs- und andere Kosten anfallen dürften. Truschzinski war hingegen überzeugt, dass sich die Gästewohnung durch die Einnahmen refinanzieren würde, und außerdem gehe es ja um Werbung für die Stadt.

Modde nannten den SIP/Grüne-Antrag ein „populistisches Papier“, Richter sprach hingegen von einem „demokratischen Prozess“. Der ausufernden Debatte setzte Thomas Weidemann (FDP/FW/FFW) ein Ende: Er nannte die „Grundidee“ der Grüne/SIP-Initiative richtig und beantragte, dass die Thematik im Stadtrats-Haupt- und Finanzausschuss vertieft wird, was so auch mehrheitlich beschlossen wurde.